

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1967

A. Geschäftsverteilung

I. a) Senate

Es sind zugewiesen dem

I. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht der VII. Senat zuständig ist
2. des Landwirtschaftsrechts
3. des Rechts der freien Berufe einschl. der Fahrlehrer
4. des Gesundheitsverwaltungsrechts
5. des Staatsangehörigkeits- und Ausländerrechts
6. des Ordnungsrechts einschl. des Vereins-, Versammlungsrechts und des Presserechts, mit Ausnahme
 - a) des Namensrechts (VII. Senat) und
 - b) der mit den Rechtsgebieten des IV. Senats zusammenhängenden Streitigkeiten

II. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet

des Rechts des öffentlichen Dienstes ausschl. der Wiedergutmachung (Anfangsbuchstaben A bis K), soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist

III. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet

des Lastenausgleichsrechts einschl. der Schadensfeststellungen, soweit nicht der V. Senat zuständig ist

IV. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts
2. des Flurbereinigungsrechts und des ländlichen Grundstücksverkehrs
3. des Straßen- und Wegerechts einschl. des Garagenrechts und des Gemeingebruchs
4. des Wasser- und Deichrechts einschl. des Baues von Wasserstraßen und des Wasserverbandsrechts
5. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt

V. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Währungsausgleichsrechts
2. des Altspargesetzes
3. des Lastenausgleichsrechts einschl. Schadensfeststellungen, soweit sie allein die Gewährung oder Entziehung (Rücknahme, Widerruf, Verrechnung) von Kriegsschadenrente, Eingliederungsdarlehen, Wohnraumhilfe, Ausbildungshilfe und sonstige Förderungsmaßnahmen betreffen sowie Ausschließung von der Schadensfeststellung und von Ausgleichsleistungen
4. des allgemeinen Kriegsfolgegesetzes
5. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts
6. des Fürsorgerechts einschl. des Schwerbeschädigten- und Mutterschutzgesetzes
7. des Jugendwohlfahrts- und Jugendschutzrechts
8. des Besatzungsschadenrechts
9. des Sachleistungsrechts
10. des Kleingartenrechts

VI. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet

des Rechts des öffentlichen Dienstes ausschl. der Wiedergutmachung (Anfangsbuchstaben L bis Z), soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist

VII. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts (bis 14. Februar 1967)
2. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, und zwar
 - a) des Rechts der Verkehrswirtschaft
 - b) des Rechts des Außenhandels
 - c) des Rechts des Interzonenhandels
 - d) des Rechts der Ernährungswirtschaft, mit Ausnahme von Streitsachen aus dem Milch- und Fettgesetz (I. Senat)
 - e) des Preisrechts, mit Ausnahme des Mietpreisrechts (VIII. Senat)
3. des Straßenverkehrsrechts, mit Ausnahme der Fahrlehrer (I. Senat)
4. des Postrechts
5. des Namensrechts
6. des Schul- und Hochschulrechts
7. des Personalvertretungsrechts
8. des Kommunalrechts
9. des Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang mit einem Rechtsgebiet besteht, für das ein anderer Senat zuständig ist
10. des Wiedergutmachungsrechts, soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist
11. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschl. der ersten und zweiten jur. Staatsprüfung
ferner
12. die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind

VIII. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts (vom 15. Februar 1967 an)
2. des Dienstrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts der Soldaten, der Ersatzdienstpflichtigen und der Angehörigen des Zivilschutzkorps
3. des Wiedergutmachungsrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes
4. des Rechts der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge
5. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungs- und des Mietpreisrechts einschl. des Wohngeldes.

I. b) Großer Senat

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

II. Schlußbestimmungen zur Geschäftsverteilung

1. Soweit sich die Verteilung der Geschäfte nach dem Anfangsbuchstaben richtet, ist der Name des Klägers — bei mehreren Klägern des in der Klageschrift an erster Stelle Genannten, bei Klagen von Erbengemeinschaften der Name des Erblassers, wenn er genannt ist — maßgebend.

Im einzelnen ist maßgebend:

A. bei Klagen physischer Personen:

der Anfangsbuchstabe des Familiennamens. Dabei gelten die zum Namen gehörenden früheren deutschen und entsprechenden ausländischen Adelsbezeichnungen im Sinne der Geschäftsverteilung nicht als Teil des Familiennamens;

B. bei Klagen von Firmen, Gesellschaften, Vereinen, Anstalten und anderen juristischen Personen:

a) der Anfangsbuchstabe des ersten, in der Firma usw. enthaltenen Familiennamens, gleichviel, ob er als Hauptwort, Eigenschaftswort oder Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes erscheint;

b) beim Fehlen eines derartigen Familiennamens der Anfangsbuchstabe des ersten Hauptwortes der Firma usw.; Phantasiebezeichnungen und schlagwortartige Abkürzungen gelten auch dann als Hauptwörter, wenn sie keine zusammengezogenen Bestandteile von Hauptwörtern enthalten;

c) beim Fehlen auch eines Hauptwortes der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes.

In den Fällen zu b) und c) bleiben jedoch folgende Worte und ähnliche korporative Sammelbezeichnungen — sofern sie nicht als Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes gebraucht sind — außer Betracht:

Aktiengesellschaft, Anstalt, Bank, Baugenossenschaft, Baugesellschaft, Bauverein, Direktion, Fabrik, Firma, Gemeinde, Gesellschaft, Genossenschaft, Gewerkschaft, Grube, Grundstücks-, Handels-, Kommanditgesellschaft, Korporation, Stiftung, Verband, Verein, Vereinigung, Zeche, Zentrale;

C. bei Klagen

a) eines Konkursverwalters: der Name des Gemeinschuldners;

b) eines Zwangsverwalters oder Treuhänders: der Name des Schuldners bzw. des Betreuten;

c) eines Nachlaßverwalters, Nachlaßpflegers oder Testamentsvollstreckers: der Name des Erblassers.

D. Werden nebeneinander eine Firma und ihre Inhaber oder eine Gesellschaft und ihre Gesellschafter als Kläger genannt, so ist nur die Firma (Gesellschaft) maßgebend.

2. Soweit sich die Geschäftsverteilung nach Anfangsbuchstaben richtet, sind an einem Tag eingehende Streitsachen in alphabetischer Reihenfolge, geordnet nach dem Namen des Klägers, einzutragen.

3. Gelangt eine Revisionsache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so ist in diesem Fall der Senat zuständig, der die Zurückverweisung entschieden hat. Das gilt auch für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.

4. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrunde liegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.

5. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Falle einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.

6. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

7. Die neue Geschäftsverteilung zwischen dem I. und VII. Senat, dem III. und V. Senat sowie zwischen dem II./VI. und VIII. Senat gilt auch für die am 31. Dezember 1966 anhängigen Sachen, soweit nicht bereits Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt worden ist.

8. Die neue Geschäftsverteilung zwischen dem VII. und VIII. Senat gilt auch für die am 14. Februar 1967 anhängigen Sachen, soweit nicht bereits Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt worden ist.

B. Besetzung

I. a) Senate

I. Senat

Präsident	Prof. Dr. Werner
Bundesrichter	Dr. Eue
Bundesrichter	Hering
Bundesrichter	Lullies
Bundesrichter	Oppenheimer (in erster Linie II. Senat)
Bundesrichter	Dr. Heinrich
Bundesrichter	Dr. Paul

II. Senat

Senatspräsidentin	Schmitt
Bundesrichter	Dr. Otto
Bundesrichter	Dr. de Chapeaurouge
Bundesrichter	Weber-Lortsch
Bundesrichter	Dr. Idel
Bundesrichter	Oppenheimer (außerdem I. Senat)

III. Senat

Senatspräsident	Dr. Buchholz
Bundesrichter	Dr. Sieveking
Bundesrichter	Vierhaus
Bundesrichter	Dr. Dodenhoff
Bundesrichter	Dr. Pakuscher
Bundesrichter	Türke

IV. Senat

Senatspräsident	Külz
Bundesrichter	Oswald
Bundesrichter	Dr. Müller
Bundesrichter	Klein
Bundesrichter	Clauß
Bundesrichter	Dr. Weyreuther
Bundesrichter	Dr. Sandler

V. Senat

Senatspräsident	Dr. Eisner
Bundesrichter	Kohlbrügge
Bundesrichter	Dr. Wolf
Bundesrichter	Dr. Gützkow
Bundesrichter	Isendahl
Bundesrichter	Dr. Rösgen

VI. Senat

Senatspräsident	Prof. Dr. Fürst
Bundesrichter	Kellner
Bundesrichter	Dr. Waitz
Bundesrichter	Dr. Becker
Bundesrichter	Dr. Nehlert
Bundesrichter	Niedermaier

VII. Senat

Senatspräsident	Witten
Bundesrichter	Dr. Zinser
Bundesrichter	Reimer
Bundesrichter	Dr. Zehner
Bundesrichter	Fischer

VIII. Senat

Senatspräsident	Dr. Baring
Bundesrichter	Dr. Dr. Schröcker
Bundesrichter	Niesert
Bundesrichter	Maetzel
Bundesrichter	Dr. Raschke

I. b) Großer Senat

Mitglieder

Präsident	Prof. Dr. Werner
Senatspräsident	Prof. Dr. Fürst
Bundesrichter	Vierhaus
Bundesrichter	Dr. Idel
Bundesrichter	Dr. Raschke
Bundesrichter	Dr. Rösgen
Bundesrichter	Dr. Heinrich

Vertreter

Vertreter des Vorsitzenden

der jeweilige allgemeine Vertreter des Präsidenten

Bundesrichter	Dr. Zinser
Bundesrichter	Dr. Dr. Schröcker
Bundesrichter	Kellner
Bundesrichter	Dr. Waitz
Bundesrichter	Oppenheimer
Bundesrichter	Dr. Dodenhoff

II. Vertretung und Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

1. Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von mehreren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung des Senats vor, dem der Richter in erster Linie zugeteilt ist. Die Anforderung des Großen Senats geht allen anderen Anforderungen vor.
2. Vertretung in den Senaten
 - a) Die Vorsitzenden der Senate werden durch das jeweils anwesende dienstälteste Mitglied des Senats vertreten.
 - b) In den Sitzungen vertreten sich gegenseitig
 - die Beisitzer des I. und IV. Senats (ausgenommen BR Oppenheimer)
 - die Beisitzer des II. und VI. Senats
 - die Beisitzer des III. und V. Senats
 - die Beisitzer des VII. und VIII. Senats

Die Reihenfolge der Vertretung bestimmt sich innerhalb des Senats nach dem Dienstalder, beginnend mit dem dienstjüngsten Mitglied des Senats.

Wenn ein Vertreter herangezogen wird, ist jeweils der Vorsitzende des Senats, zu dem der Vertreter als ordentliches Mitglied gehört, zu unterrichten.

- c) Weiter erforderliche Vertretungen regelt der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts.

3. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung des Vorsitzenden tritt dessen Vertreter ein. Die stellvertretenden Mitglieder werden nach der Reihenfolge ihres Dienstalters zur Vertretung herangezogen. Das dienstjüngste Mitglied hat den ersten Vertretungsfall, das im Dienstalder folgende Mitglied den nächsten Vertretungsfall usw. wahrzunehmen.

Anhang zum Geschäftsverteilungsplan Sitzungstage und Sitzungssäle

Saal	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
I	III. Senat	V. Senat	III. Senat	frei
II	II. Senat	IV. Senat	II. Senat	IV. Senat
III	VII. Senat	VIII. Senat	VIII. Senat	VII. Senat
IV	I. Senat	VI. Senat	I. Senat	VI. Senat